

Stellungnahme zur Gründung des ‚Netzwerks Wissenschaftsfreiheit‘ und dem in diesem Zusammenhang erschienenen Interview in ‚DIE ZEIT‘ vom 4.2.2021

In einem Interview in der Wochenzeitschrift ‚DIE ZEIT‘ äußert sich unsere Kollegin Sandra Kostner gemeinsam mit Andreas Rödder anlässlich einer Netzwerkgründung zur Wissenschaftsfreiheit, die sie an deutschen Hochschulen in Gefahr sehen. Dabei argumentieren die beiden Interviewten gegen die Gender Studies als ein prominentes Beispiel einer „politisierten Fachrichtung“. Die im Interview behaupteten Sachverhalte können wir als Gender- bzw. Migrationsforscherinnen nicht unwidersprochen lassen.

Auch wir sehen die Wissenschaftsfreiheit in Gefahr, allerdings von ganz anderer Seite als Kollegin Kostner. (Inter-)national sind politisch unliebsame wissenschaftliche Erkenntnisse gezielt Gegenstand von Angriffen. Die ungarische Regierung verbietet es den Universitäten, Gender Studies als Studiengänge anzubieten, die türkische Regierung ersetzt den Rektor der Bosphorus Universität durch einen Parteikollegen, um nur zwei Beispiele zu nennen. Transnational verbinden sich neurechte und populistische Parteien und Bewegungen miteinander und greifen Wissenschaftler*innen und wissenschaftliche Erkenntnisse an. Häufig steht hierbei im Kern die sogenannte ‚Gender Ideologie‘, die als Bedrohungsszenario für Gesellschaften dämonisiert wird. In Verbindung mit der Inszenierung einer Bedrohung durch Migrationsprozesse und Fluchtbewegungen werden plurale und demokratische Errungenschaften in Frage gestellt (für Analysen s. dazu z.B. Dietze/Roth 2020, Hark/Villa 2015, Lingen-Ali/Mecheril 2020).

Nun gesellt sich eine weitere Gruppe dazu. Etwa 70 Wissenschaftler*innen, fast ausschließlich Professor*innen, haben das ‚Netzwerk Wissenschaftsfreiheit‘ gegründet. In dem längeren Interview vom 4.2.2021 begründen die beiden Sprecher*innen, Sandra Kostner und Andreas Rödder, die Notwendigkeit, „die Freiheit von Forschung und Lehre gegen ideologisch motivierte Einschränkungen“ zu verteidigen. Im Fokus ihrer Furcht: Die Gender Studies.

Sandra Kostner und Andreas Rödder behaupten dort, die Gender Studies seien „intolerant gegenüber abweichenden Argumenten“ (Kostner). Unklar bleibt allerdings, was und wen genau sie damit meinen: Mal sprechen sie von Postmoderne und Dekonstruktivismus, mal vom Asterisk oder dem in Verdacht geratenen generischen Maskulinum, mal von einer Kultur des Regenbogens.

Mit Gender Studies sind in Deutschland in der Regel zunächst einmal Studiengänge gemeint sind. Wie alle Studiengänge, etwa auch die Studiengänge im Kontext von Interkulturalität, zeichnen sich diese durch eine disziplinäre und erkenntnistheoretische Vielfalt an den Hochschulen aus und sind keinesfalls einheitlich angelegt. Auch Lehrende in den Gender Studies besitzen alle Freiheiten in Forschung und Lehre und haben somit recht unterschiedliche Forschungsansätze. Es gibt somit nicht ‚DIE‘ Gender Studies. Falls die Interviewten nun aber die Geschlechterforschung meinen und nicht die Studiengänge, ignorieren sie ebenfalls die wissenschaftliche Realität: Neben den beiden im Text genannten Theorierichtungen, die unter anderem auch Eingang in die Geschlechterforschung gefunden haben, finden sich noch eine Vielzahl an weiteren Theorieausrichtungen. Ein kurzer Blick in das ‚Interdisziplinäre Handbuch für Geschlechterforschung‘ von Kortendieck u.a. 2019 hätte helfen können. Dort werden 31 theoretische und methodologische Grundlagen angeführt.

Doch nachvollziehbare Argumentationen oder das Anführen von empirischen Belegen finden sich im Interview mit den beiden Kolleg*innen nicht. Hingegen werden von ihnen altbekannte Falschaussagen bzw. Mythen wiederholt. So stimmt es nicht, dass Ordnungsvorstellungen in irgendeiner Wissenschaftsdisziplin als „arbiträr“ verstanden werden, noch gibt es in der Wissenschaft „eine sozialkulturelle Agenda, die Kategorie des Geschlechts abzuschaffen“ (beide Zitate Rödder). Die im

Interview behaupteten und nicht belegten Falschaussagen weisen wir mit Nachdruck zurück. Die Kolleg*innen brechen hier mit grundlegenden Prinzipien des wissenschaftlichen Diskurses.

Dies wird auch an den Zielen des Netzwerks deutlich. Ziele sind nicht etwa die Förderung wissenschaftlicher Erkenntnisse durch die Durchführung empirischer Studien oder die Veränderung der von den Interviewten angemahnten prekären Situation des wissenschaftlichen Mittelbaus, um den konstatierten Konformitätsdruck zu mindern. Stattdessen möchte das Netzwerk Druck auf Hochschulleitungen aufbauen – im Namen der Wissenschaftsfreiheit. Professor*innen und Dozierende haben einen öffentlichen Auftrag, Wissenschaftsfreiheit zu verteidigen und ihren Studierenden Wissenschaftlichkeit nahezubringen. Dafür müssen sie selber wissenschaftlich argumentieren, sich in wissenschaftliche Diskurse einbringen und Erkenntnisse zulassen, die den eigenen Befindlichkeiten und politischen Agenden widersprechen. Die Universität ist der Ort, an dem in universitär und wissenschaftlich angemessener Art und Weise Debatten geführt, Kritik geübt und Argumente ausgetauscht werden. Unbelegte Behauptungen auszusprechen, pauschale Angriffe gegen Disziplinen auszuführen und dafür die Wissenschaftsfreiheit anzuführen, ist empörend und zeigt, dass die beteiligten Wissenschaftler*innen anscheinend nicht (mehr) bereit sind, sich an diese Prinzipien zu halten.

Literatur:

- Dietze, Gabriele/Roth, Julia (Hg.) (2020): Right-Wing Populism and gender. European Perspectives and beyond. Bielefeld
- Hark, Sabine/Villa, Paula-Irene (Hg.) (2015): Anti-Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen. Bielefeld
- Kortendiek, B., Riegraf, B., & Sabisch, K. (Hg.). (2019). Handbuch Interdisziplinäre Geschlechterforschung (Vol. 65). Springer-Verlag.
- Lingen-Ali, Ulrike/Mecheril, Paul (Hg.) (2020): Geschlechterdiskurse in der Migrationsgesellschaft. Zu ‚Rückständigkeit‘ und ‚Gefährlichkeit‘ der Anderen. Bielefeld

Kontakt:

marita.kampshoff@ph-gmuend.de
margarete.menz@ph-gmuend.de